

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Landeselternbeirat
Baden-Württemberg
Eltern MitWirkung

Bildungsaufbruch nimmt auch die Kleinsten mit

- Beitrag von Staatssekretär Dr. Frank Mentrup, MdL

Abitur im eigenen Takt

- Modell für eine flexible gymnasiale Oberstufe

Pro und Contra

- Grundschulfranzösisch in der Rheinschiene

Herkunft zensiert?

- Chancenungleichheit in der Bildung

didacta 2012

- Nie war die Bildungslandschaft bunter

Schultrojaner in Baden-Württemberg

- Kampf der Schulbuchverlage gegen Copyright-Verstöße

Hochschule aktuell:

- Gastbeitrag der Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, MdL

Inhaltsverzeichnis

Frühkindliche Förderung: Bildungsaufbruch für die Kleinsten	3	Messe aktuell: didacta 2012	16
Frühkindliche Förderung: Resolution des Bundeselternrats	4	Arbeitgeber: Was beim Übergang zählt.	18
Gymnasium: Abitur im eigenen Takt	5	Schule und Recht: Trojaner auf Schulrechnern?	20
LEB intern: Mehr Demokratie wagen.	7	Buchbesprechung: Schulrecht konkret	26
Schülerbeförderung: Verband WBO	8	Cartoon	27
Projekt: Ein Baum im Klassenzimmer	9	Hochschule aktuell	
Studie: Herkunft zensiert	10	Studienbeginn: Perspektiven und Entwicklungen	22
Handwerk: Wie geht gute Schule?	12	Hochschule: Qualitätspakt Lehre	24
<i>SiB</i> -Pro: Grundschulfranzösisch in der Rheinschiene	14	Migration: Studieninfo für Schüler mit Migrationshintergrund	24
<i>SiB</i> -Contra: Grundschulfranzösisch in der Rheinschiene	15	Hochschule: Neues Zentrum für Islamische Theologie	25

Liebe Leserinnen und Leser,

am 18. Januar 2012 hat der Landeselternbeirat einen neuen Vorstand und mich zum Vorsitzenden gewählt. Für dieses Vertrauen bedanke ich mich von Herzen.



Theo Keck,
Vorsitzender des
16. Landeselternbeirats

Die personelle Vergrößerung des Vorstandes hat zum Ziel, die Vielzahl von Aufgaben besser als früher und zugleich auf mehrere Schultern zu verteilen. Es war auch der Wunsch des ganzen LEB, die Stellvertreter, die Kassenwartin, die stellvertretende Kassenwartin und die Schriftführerin gleichberechtigt in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen, anstatt die Befugnisse, wie früher, hierarchisch zu staffeln. Und durch die vermehrte Einbeziehung der Schularten-Vertreter in die Erstellung von Stellungnahmen des LEB kommt die Expertise des Gremiums besser zur Geltung. Ich bin mir sicher, dass diese Weichenstellungen in eine gute Richtung leiten – es fühlt sich jedenfalls für den Anfang sehr gut an!

Unsere Zeitschrift „*Schule im Blickpunkt*“ wird inzwischen von Mitgliedern des LEB fachmännisch betreut – und wie Sie feststellen werden, hat darunter weder die journalistische Qualität gelitten, noch werden sich die diffamierenden Unkenrufe, die am Froschteich aufgeregt „Zensur!“ gequakt haben, bewahrheiten. Denn der LEB ist genauso wenig wie *SiB* einer Regierung verpflichtet, sondern nur den Interessen der Eltern dieses Landes. Diese Interessen sind leider keineswegs auf einen einfachen Nenner zu bringen und wir leben in bildungspolitisch bewegten Zeiten – das freut die einen und ruft Sorgen hervor bei den anderen. Und so gegensätzlich beide Reaktionen auch sind: Beide sind ernst zu nehmen.

Ich teile die Freude derer, die in jahrelanger, engagierter Arbeit oft genug das Gefühl bekamen, gegen Windmühlen anzukämpfen, nicht gehört und ernst genommen zu werden. Denn die Windmühlen stehen seit einiger Zeit recht still und haben einiges von ihrem alten Drohpotential verloren. Eine „Politik des Gehörtwerdens“ und mehr „Schule von unten“ sind uns versprochen – wer wollte sich nicht darüber freuen? Und was die Offenheit der Gespräche angeht und die Bereitschaft, die Anliegen von Eltern aufzunehmen, so können wir guten Gewissens sagen, dass sich einiges zum Besseren entwickelt hat. Denkverbote und Maulkörbe waren gestern, jetzt darf auch das gesagt werden, was nicht von vornherein auf Zustimmung stößt.

Allerdings gehört schon einiges dazu, im Zusammenhang mit der Ausweisung eines 9-jährigen Bildungsganges an gerade einmal 44 Gymnasien des Landes von einer „Politik des Gehörtwerdens“ zu reden. Was von den vollmundigen Wahlversprechen übrig geblieben ist, verdient kaum das Prädikat „echte“ Wahlmöglichkeit, wenn man sich vor Augen führt, dass allenfalls 5 Prozent der Gymnasialschüler in den Genuss dieser Wahl kommen können. Das mit dem „Hinhören“ üben wir noch mal, meine Damen und Herren!

Die Einführung der Gemeinschaftsschule beflügelt jene, die schon seit Jahren eine individuellere Förderung von Schülern fordern und umsetzen wollen – auch der LEB fordert das seit Jahren. Aber die Senkung des Klassenteilers nur für die Gemeinschaftsschulen auf 28 benachteiligt die bestehenden Schularten, die in den vergangenen Jahren zum Teil erhebliche Aufgaben zu bewältigen hatten und sich nun erneut in der zweiten Reihe wiederfinden.

Es ist nicht einfach, auf so vielen „Baustellen“ zugleich nach dem Rechten zu sehen, aber, um im Bild zu bleiben, die Schüler, Lehrer und Eltern dürfen erwarten, dass überall nach den modernsten Verfahren und für alle Beteiligten wertschätzend gearbeitet wird. Das heißt für die Schulen, dass die Kinder im Mittelpunkt stehen, die Lehrer ihre Arbeit als bereichernd erfahren und die Eltern als Gesprächspartner ernst genommen werden. Dann könnte das was werden, aber noch ist viel zu tun ...

Mit freundlichen Grüßen

Theo Keck

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Theo Keck – Redaktionsleitung: Dr. C. T. Rees (ctr), Zikadenweg 4, 79110 Freiburg, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Saskia Esken (se), Petra Koemstedt (pk) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Die hochschulpolitischen Herausforderungen des Jahres 2012

Gastbeitrag der Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer

Die Hochschulpolitik des Landes steht vor großen Herausforderungen: Immer mehr junge Menschen interessieren sich für ein Studium, und dafür müssen wir an den baden-württembergischen Hochschulen die notwendigen Kapazitäten bereitstellen. Die Zunahme an Quantität darf aber nicht auf Kosten der Qualität von Studium und Lehre gehen. Diese doppelte Herausforderung – mehr Quantität und mehr Qualität zugleich – gilt es insbesondere im Jahr 2012 zu bewältigen.

Abiturjahrgang 2012 – Bis zu 22.000 zusätzliche Studienanfängerplätze an den Hochschulen im Land

In diesem Jahr werden in Baden-Württemberg mehr Schülerinnen und Schüler die Schule abschließen, um zu studieren. Mit dem „Abi 2012“ haben wir den ersten Jahrgang des achtjährigen Gymnasiums und den letzten Jahrgang des neunjährigen Gymnasiums, die gemeinsam die Schule verlassen. Ein wachsender Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Hochschulreife erhalten, nimmt auch tatsächlich ein Studium auf. Dass ganz allgemein die Anzahl der Studierenden steigt, hat darüber hinaus noch weitere Gründe: die Aussetzung der Wehrpflicht und der Wegfall der Studiengebühren zum Sommersemester 2012.

Wir freuen uns außerordentlich über diesen Zuwachs an Studienanfängerinnen und Studienanfängern in Baden-Würt-

temberg. Denn dies ist eine große Chance für unser Land. Wir heißen sie willkommen und unterstützen die Hochschulen nach Kräften, um für die Studierenden gute Studienbedingungen im Land sicherzustellen. Deshalb haben sich das Land und die Hochschulen auf die steigenden Studierendenzahlen vorbereitet. Denn wir wollen, dass jede Abiturientin und jeder Abiturient in Baden-Württemberg eine faire und realistische Chance auf einen Studienplatz bekommt. Mit dem Programm „Hochschule 2012“ bieten wir im Jahr 2012 bis zu 22.000 zusätzliche Studienanfängerplätze an den baden-württembergischen Hochschulen an. Dafür hat das Land bis 2012 rund 520 Millionen Euro an Landesmitteln zur Verfügung gestellt. Flankierend stellt die Regierung für das Jahr 2012 einen Sonderfonds in Höhe von 5,3 Millionen Euro bereit, mit dem wir kurzfristig reagieren und dort helfen können, wo die Nachfrage an den Hochschulen besonders groß ist. Aus dem Fonds können zum Beispiel zusätzliche Tutorien, Lehrausstattungen oder die Anmietung von



Theresia Bauer, MdL

Veranstaltungsräumen finanziert werden. Die Hochschulen und die Studierenden können sich darauf verlassen, dass unsere Unterstützung dort ankommt, wo sie benötigt wird: Zusätzliche Studierende werden zusätzlich finanziert.

Wenn die Studierendenzahlen an den baden-württembergischen Hochschulen steigen, wachsen gleichzeitig auch die Anforderungen an deren soziale Betreuung durch die Studentenwerke. Hierauf reagieren wir – auch im Bereich der Wohnheime und Mensen. Baden-Württemberg kann mit 14 Prozent überdurchschnittlich viele seiner Studierenden mit Wohnheimplätzen versorgen. Da absehbar ist, dass aufgrund der steigenden Studierendenzahlen auch mehr Wohnraum benötigt wird, erhalten auch die Studentenwerke zusätzliche finanzielle Unterstützung in Höhe von 4,5 Millionen Euro. Dabei entscheiden die Studentenwerke vor Ort, ob sie in Neubauten investieren, Gebäude kaufen, anmieten oder mehr Privatzimmer an Studierende vermitteln.

Mehr Bildungsbeteiligung durch Abschaffung der Studiengebühren

Unser Land benötigt mehr akademisch gebildete Fachkräfte. Deshalb wollen wir die Hochschulen weiter öffnen und Hürden abbauen, die heute noch manchen davon abhalten, ein Studium aufzunehmen. Alle diejenigen, die nicht an die Hochschulen gefunden haben, obwohl sie die Begabung für ein Studium hätten, möchten wir in die Hörsäle locken. Für alle begabten jungen Menschen muss unabhängig von der Herkunft ein Studium möglich sein. Dabei ist es uns wichtig, dass sich auch mehr Kinder aus einkommensschwächeren Familien für ein Studium entscheiden. Deshalb hat die Landesregierung die Abschaffung der allgemeinen Studiengebühren zum Sommersemester 2012 beschlossen. Dadurch schaffen wir mehr Bildungsbeteiligung und ermöglichen allen Studierenden einen entgeltfreien Zugang zum Studium. Vom Geldbeutel soll es künftig nicht mehr abhängen, wer studiert und wer nicht. Davon profitieren die Studierenden, davon profitiert letztlich aber auch die Gesellschaft.



Das Land schafft zusätzliche Studienplätze

Foto: Joachim Röttgers



Studierende profitieren vom Wegfall der Studiengebühren
Foto: Joachim Röttgers

Diese Gebührenfreiheit darf aber keineswegs mit Abstrichen bei der Lehre einhergehen. Um die hohe Qualität von Studium und Lehre in Baden-Württemberg halten zu können, stellen wir den Hochschulen deshalb zweckgebunden Ersatzmittel zur Verfügung. Diese sind an die Entwicklung der Studierendenzahlen geknüpft und kompensieren damit die Ausfälle insgesamt in voller Höhe. Über ihre Verwendung sollen die Hochschulen im Einvernehmen mit den Studierenden entscheiden. Wir setzen dabei auf eine maximale Mitbestimmung der Studierenden.

Abschaffung von Studienfähigkeitstests und Auswahlgesprächen erleichtert den Hochschulzugang – Dialogorientiertes Serviceverfahren

Mehr Studierwilligen den Zugang zum Studium zu erleichtern, ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung. Deshalb haben wir die Pflicht zur Durchführung von Auswahlgesprächen und Studienfähigkeitstests in allen mit einem Numerus clausus zulassungsbeschränkten Fächern ab dem Wintersemester 2012/13 abgeschafft. Wir wollen, dass die Hochschulen selbst entscheiden, wann sie diese Kriterien bei der Auswahlentscheidung zugrunde legen. Damit stärken wir zum einen die Autonomie der Hochschulen und sorgen zugleich für weniger Bürokratie beim Hochschulzugang.

Eine weitere bürokratische Hürde auf dem Weg zu einem Studienplatz ist darüber hinaus das aufwändige Bewerbungsverfahren. Die Länder arbeiten derzeit daran, mit einem neuen dialogorientierten Serviceverfahren die Studienplatzvergabe in zulassungsbeschränkten Studiengängen zu erleichtern und damit das gesamte Verfahren zu beschleunigen. Insbesondere zur Bewältigung von Mehrfachbewerbungen kann dieses Modell eine wichtige Hilfe leisten. Infolge technischer Umsetzungsprobleme hat sich die Einführung eines neuen bundesweiten Systems immer wieder verzögert. Wir sind jedoch zuversichtlich, dass es den Projektverantwortlichen bald gelingt, einen Start des neuen Systems zum nächstmöglichen Zeitpunkt sicherzustellen.

Mehr studentische Mitbestimmung durch Einführung der Verfassten Studierendenschaft

Die Landesregierung von Baden-Württemberg führt die 1977 abgeschaffte Verfasste Studierendenschaft wieder ein. Dabei geht es darum, an den Hochschulen wieder normale Verhältnisse einkehren lassen. Die Hochschulen müssen wir als Lernort begreifen, an dem demokratische Haltungen und Kompetenzen geübt werden. Studierende sollen durch ihr

Studium befähigt werden, verantwortlich denkende und handelnde Bürgerinnen und Bürger zu sein. Hierzu gehört, dass sie sich auch in ihrem Studium organisieren und Verantwortung übernehmen. Unser Ziel ist es deshalb, für die Studentinnen und Studenten eine verlässliche Grundlage zu schaffen, ihre Belange durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter in der Hochschule zur Sprache zu bringen. Ausgestattet mit einem politischen Mandat können die Studierenden zu den Aufgaben der Hochschule in der Gesellschaft und den Folgen wissenschaftlicher Erkenntnisse Stellung beziehen.

Die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft steht für eine neue Kultur der Beteiligung an den Hochschulen. Deshalb haben zur Vorbereitung des entsprechenden Gesetzentwurfs der Landesregierung mehrere Gesprächsrunden stattgefunden, an denen Studierendenvertreter aller Hochschultypen Baden-Württembergs, studentische Initiativen sowie Vertreter von Hochschulen und Wissenschaftsministerium teilgenommen haben. Parallel zu der – bei Gesetzesvorhaben üblichen – Anhörung hat das Ministerium unter dem Motto „Wir wollen Deinen Kopf!“ ein internetgestütztes Diskussionsforum freigeschaltet, auf dem vom 24. Januar bis 3. März alle Interessierten ihre Ideen und Anregungen einbringen können. Von dieser Online-Beteiligung erwarten wir uns wichtige Anregungen für die Ausgestaltung des Gesetzes und hoffen, möglichst viele Stimmen und Meinungen einzufangen. Die hohen Besucherzahlen und zahlreichen Beiträge auf der Plattform zeigen, dass das Interesse an der Ausgestaltung der Verfassten Studierendenschaft sehr groß ist.



Erste Gesprächsrunde mit Theresia Bauer zum Thema Verfasste Studierendenschaft
Foto: MWK

Hochschulen als Zukunftslabore unserer Gesellschaft

Unsere Hochschulen sind die Zukunftslabore unserer Gesellschaft. Ich bin fest davon überzeugt, dass ihnen bei der Lösung unserer drängenden Probleme eine Schlüsselrolle zukommt. Denn sie sind es, die die sozialen und technischen Innovationen hervorbringen, die wir benötigen, um die gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Und sie müssen die Studierenden in die Lage versetzen, den gesellschaftlichen Wandel aktiv zu gestalten. Ob dies gelingt, wird entscheidend von den zukünftigen Ingenieurinnen, Ökonomen, Lehrern und Architekten abhängen, die wir heute ausbilden. Dabei geht es nicht zuletzt auch um die Sicherung unseres künftigen Wohlstands und des sozialen Friedens.

Theresia Bauer, MdL
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst

„Qualitätspakt Lehre“

Südwesten ist Spitzenreiter mit 29 von 186 erfolgreichen Hochschulen

„Die Hochschulen in Baden-Württemberg sind Garanten guter Lehre sowie wissenschaftlich fundierter und exzellenter Ausbildung.“ Dies sagte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer Mitte Dezember in Stuttgart anlässlich der Vorstellung der bundesweiten Ergebnisse zum „Qualitätspakt Lehre“. Die Ergebnisse der zweiten Bewilligungsrunde wurden kurz zuvor von der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz in Berlin mitgeteilt.

Baden-Württemberg sei das erfolgreichste Bundesland in diesem Bund-Länder-Programm, hieß es. In der zweiten Ausschreibungsrunde des Programms für bessere Studienbedingungen und mehr Qualität in der Lehre waren 14 Hochschulen aus Baden-Württemberg erfolgreich, zusammen genommen mit der ersten Ausschreibungsrunde waren es 29 Hochschulen aus dem Südwesten. Wissenschaftsministerin Theresia Bauer: „Alle Hochschularten aus dem Land sind zum Zuge gekommen. Dies zeigt, dass gute Lehre im Südwesten auf einer besonders breiten Basis steht.“

In der zweiten Ausschreibungsrunde waren acht Universitäten, vier Fachhochschulen und zwei Musikhochschulen erfolgreich. Im Einzelnen:

- Hochschule Biberach
- Pädagogische Hochschule Freiburg
- Pädagogische Hochschule Heidelberg
- Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

- Universität Konstanz
- Universität Mannheim
- Hochschule Pforzheim
- Duale Hochschule Baden-Württemberg
- Hochschule der Medien Stuttgart
- Staatliche Hochschule für Musik Trossingen
- mit einem Verbundantrag: Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- mit einem weiteren Verbundantrag: Hochschule für Musik Freiburg, zusammen mit Hochschule für Musik Detmold, Hochschule für Künste Bremen, Robert-Schumann-Hochschule Düsseldorf, Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt/Main, Hochschule für Musik und Theater Hamburg, Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover, Hochschule für Musik und Tanz Köln, Musikhochschule Lübeck, Hochschule für Musik Saar, Hochschule für Musik FRANZ LISZT Weimar, Hochschule für Musik Würzburg
- ebenfalls mit einem Verbundantrag: Duale Hochschule Baden-Württemberg, Hochschule Ostwestfalen-Lippe, ILIAS open source e-Learning e.V. (Köln) mwk

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter

<http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Pressemitteilungen/pm2011-24.pdf>

Studieninfo für Schüler mit Migrationshintergrund

Wissenschaftsministerin Bauer und Generalkonsul Ari zeigen Wege zum Studium

An den Hochschulen sind Kinder aus Familien mit Migrationsgeschichte deutlich unterrepräsentiert. Den „Migrantenkindern“ – wie auch deren Eltern – sind ihre Chancen in Sachen Bildung oftmals nicht ausreichend bewusst. Gerade die Eltern haben häufig zu wenig Erfahrungen mit dem deutschen Bildungssystem und so auch zu wenig Antworten auf Fragen rund ums Studium. Studieninformationen gilt es daher speziell den Migrantenkindern und ihren Eltern zu vermitteln, damit sie ihre Chancen für Bildung und Beruf ergreifen und ihre Sprach- sowie interkulturellen Kompetenzen nutzen und in die Gesellschaft einbringen können.



Arzu Ozkolacik, eine Studienbotschafterin des Wissenschaftsministeriums, berichtet über ihre Suche nach dem passenden Studium.

gischen Wissenschaftsministerium im Rahmen der Kampagne „Gscheit studiert“ ein Programm „Studieren mit Migrationshintergrund“ aufgelegt. Bei speziellen Studieninformationsveranstaltungen sollen Migranten-

kinder und Eltern aus erster Hand erfahren, wie man die Talente entwickelt und nach Möglichkeit zum Hochschulstudium gelangt. Eine entsprechende Pilotveranstaltung fand im November 2011 in Filderstadt statt.

Bei der ersten Folgeveranstaltung am 22. Dezember 2011 informierten Wissenschaftsministerin Theresia Bauer und der türkische Generalkonsul M. Türker Ari türkische und türkischstämmige Jugendliche und Eltern im beruflichen Schulzentrum

Esslingen über den Weg zum Studium. „Wir wollen, dass sich alle Talente in diesem Land entfalten können. Dazu ist es notwendig, die Hochschulen weiter zu öffnen und Wege zum Studium aufzuzeigen – vor allem für diejenigen, die bisher

Talente sollen sich entfalten können

Deshalb hat die Servicestelle Studieninformation, Studienorientierung und Studienberatung (SIOB) im baden-württember-

noch nicht zu einem Studium gefunden haben, obwohl sie das Potenzial dazu mitbringen“, so Ministerin Bauer und Generalkonsul Ari. „Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und beruflichem Erfolg. Wir wünschen uns, dass alle Jugendlichen diese Chance ergreifen und als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger zum Wohle aller aktiv an der Gestaltung der Zukunft teilhaben.“

Studienbotschafter schildern ihre Erfahrungen

Zwei Studienbotschafter – vom Wissenschaftsministerium für die Studieninformation und -orientierung geschulte Studierende – schilderten bei der Esslinger Veranstaltung ihren Bildungsweg, informierten zum Thema Studium und berichteten von ihren Erfahrungen an der Hochschule. An der Veranstaltung beteiligten sich auch Lehrerinnen und Lehrer des türkisch-muttersprachlichen Unterrichts. Die Ministerin und

der Generalkonsul präsentierten Flyer, die in türkischer und in deutscher Sprache Wege zu Informationen über Bildungs- und Studiermöglichkeiten in Baden-Württemberg aufzeigen. Diese stehen ebenso wie eine Dokumentation zur Auftaktveranstaltung in Filderstadt im Download-Bereich der LEB-Homepage unter der aktuellen **SiB**-Ausgabe zur Verfügung.

Weitere Informationen im Internet:

www.studieninfo-bw.de; www.talent-aktiv-bw.de

Haben Sie Interesse, die Studieninformationsveranstaltung für Menschen mit Migrationsgeschichte auch in Ihrer Stadt anzubieten?

Ansprechpartner:

Michael Geipel

Tel.: 0711 279-3177

Michael.Geipel@mwk.bwl.de

Oliver Orth

Tel.: 0711 279-3156

Oliver.Orth@mwk.bwl.de

Neues Zentrum für Islamische Theologie

Einweihung an der Universität Tübingen

Als einen „Gewinn für den Hochschulstandort Baden-Württemberg“ hat Wissenschaftsministerin Theresia Bauer im Namen der gesamten Landesregierung im Januar in Tübingen die Gründung des bundesweit ersten Zentrums für Islamische Theologie begrüßt. Anlass war die feierliche Einweihung des Zentrums, das an der Universität Tübingen eingerichtet wurde.

Das Zentrum sei eine einmalige Chance zu zeigen, wie ernst es der deutschen Gesellschaft damit sei, die Teilhabe muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verbessern, sagte Bauer. Zudem sei es ein wichtiges Signal für die Hochschullandschaft, dass die bekenntnisgebundene wissenschaftliche Befassung mit dem Islam einen anerkannten Platz an den Universitäten erhalte. Dies liege im Interesse der rund vier Millionen Musliminnen und Muslime in Deutschland, von denen gut 600.000 allein in Baden-Württemberg lebten, aber auch im Interesse der gesamten Gesellschaft.

„Die Einrichtung Islamischer Studien an deutschen Hochschulen schließt nicht nur eine wissenschaftliche Lücke, indem sie die Chance zu einer historisch-kritischen Methode im Umgang mit dem Koran eröffnet, sondern sie ermöglicht auch durch die hier ausgebildeten Theologen einen bekenntnisorientierten schulischen Religionsunterricht. Das Zentrum für Islamische Theologie dient damit über den islamischen Religionsunterricht nicht nur der Vermittlung religiöser und demokratischer Werte in deutscher Sprache, sondern zeigt Kindern und Jugendlichen muslimischen Glaubens auch, dass sie mit ihrem Glauben gleichberechtigter Teil des schulischen Lebens hier im Land sind“, so Ministerin Bauer.

Beste Voraussetzungen in Tübingen

Die Landesregierung sei der Überzeugung, dass die Universität Tübingen die besten Voraussetzungen für das neue Zentrum mitbringe. Sie verfüge als einzige Universität in Baden-Württemberg über Fakultäten sowohl für evangelische als auch katholische Theologie und beide Fakultäten wiederum über

langjährige wissenschaftliche Kontakte zu den Islam-Fakultäten an den Universitäten Ankara und Sarajewo sowie zur Al-Azhar-Universität in Kairo. Zudem könne Tübingen eine breit ausgebaute und international angesehene Islamwissenschaft und Philologie sowie ein breites Angebot an religionswissenschaftlicher Lehre und Forschung vorweisen. Insbesondere sei es aber der Universität Tübingen gelungen, die maßgeblichen islamischen Verbände für die Einrichtung eines Beirats für Islamische Studien zu gewinnen.



Politiker und Hochschulvertreter weihen das Zentrum für Islamische Theologie ein

Foto: Friedhelm Albrecht / Universität Tübingen

Das Zentrum für Islamische Theologie in Tübingen hat als erstes in Deutschland zum Wintersemester 2011/12 seinen Betrieb aufgenommen. 36 Studierende sind derzeit für den Bachelorstudiengang „Islamische Theologie“ eingeschrieben. Das Zentrum ist auf Empfehlung des Wissenschaftsrats eines von vier bundesweiten Zentren für Islamische Theologie, mit denen die Islamische Theologie an deutschen Hochschulen etabliert werden soll. Der Bund finanziert für zunächst fünf Jahre mit insgesamt rund vier Millionen Euro Professuren, Mitarbeiterstellen und Nachwuchsgruppen. Das Tübinger Zentrum wird schon jetzt vom Land Baden-Württemberg mitfinanziert und nach Ablauf der Bundesförderung vom Land in der Endausbaustufe mit rund 1,3 Millionen Euro jährlich gefördert.

Weitere Informationen online: www.uni-tuebingen.de/aktuell

Schule im Blickpunkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

gut und aktuell
informiert durch's Schuljahr
für nur € 10,65



Schule im Blickpunkt informiert engagierte Elternvertreter, aber auch Lehrkräfte und Schulleitungen über Fragestellungen, Diskussionen und Beschlüsse des Landeselternbeirats. Themen, die Eltern beschäftigen, werden gut lesbar aufbereitet und diskutiert.

Eltern, die neu in die Elternvertretung gewählt wurden, erhalten durch **Schule im Blickpunkt** viele Hilfestellungen und Tipps für die alltägliche Elternarbeit.

Bei allem steht eine gute und konstruktive Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten im Vordergrund.

Um die Orientierung bei der Studienwahl zu erleichtern, enthält jede Ausgabe von **Schule im Blickpunkt** zusätzlich 4 Seiten „Hochschule aktuell“, auf denen Hinweise und Tipps zur Studienwahl gegeben werden.

Abonnieren Sie **Schule im Blickpunkt** für alle Klassenelternvertreter. Die Finanzierung kann über die Schule, die Elternbeiratskasse oder z.B. auch über Sponsoring geschehen.

Wir würden uns freuen, wenn auch an Ihrer Schule Elternvertreter und interessierte Eltern **Schule im Blickpunkt** lesen könnten. Bitte verwenden Sie dazu umseitigen Sammelbestellschein zur Auslage am Elternabend.

Bestellcoupon ausfüllen und senden an:

Neckar-Verlag GmbH • D-78045 Villingen-Schwenningen

Telefon +49 (0) 7721/8987-0 • Fax -50 • E-Mail: bestellungen@neckar-verlag.de • Internet: www.neckar-verlag.de

Bestellcoupon

Hiermit bestelle ich auf Rechnung (zzgl. Versandkostenanteil)

___ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Jahresabonnement** € 10,65
___ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Leseexemplar** € ---

Schule im Blickpunkt

- erscheint sechsmal jährlich
- 1. Ausgabe eines Jahrganges erscheint zum Schuljahresanfang

Jahresabonnement € 10,65
Einzelpreis € 2,50
jeweils zzgl. Versandkosten

Meine Anschrift Kd.-Nr.: _____

Datum und rechtsverbindliche Unterschrift